

13. VII. 1915

146

Obmann - Konferenz

Händler eingewirkt werden könne, die bezüglichlichen Vorschriften nicht zu umgehen.

Gem.-Rat Steiner führt aus, daß der Ackerbauminister gelegentlich der Audienz der Vertretung der Obmänner-Konferenz beim Ministerpräsidenten eine Ergänzung der Verordnung über die Höchstpreise für Wildbret und Hasen in Aussicht gestellt habe, dieselbe sei jedoch bis heute nicht erschienen.

Gem.-Rat Neumann bemerkt, daß das Ackerbauministerium nach einer Konferenz mit einem Vertreter der Wildbretthändler merkwürdigerweise die Nachtragsverordnung fallen ließ.

Vize-Bürgermeister Rain teilt mit, daß in Wien gegenwärtig höchstens 500 Stück Hasen vorrätig seien. Die Vorräte werden von Prag und Brünn aufgekauft. Es werden bald in Wien gar keine Hasen mehr zu bekommen sein.

Gem.-Rat Leitner führt aus, daß in Wien gegenwärtig eine große Petroleumnot herrsche; es müßten die Vorräte erhoben und Sorge getragen werden, von Rumänien Petroleum zu bekommen. Ferner habe er vor vier Monaten darauf aufmerksam gemacht, daß der Reis in absehbarer Zeit steigen werde. Damals sei ihm geantwortet worden, daß die Stadt Wien auf ein Jahr mit Reis versorgt sei; heute werde jedoch schon für minderwertigen Reis 60 K verlangt.

Weiters teilt Gem.-Rat Leitner mit, daß in gewissen Kaffeehäusern in der Leopoldstadt — hauptsächlich im Cafe „National“ — galizische Flüchtlinge förmliche Winkelbörsen eingerichtet haben, wo sie für Galizien geschlossene Quantitäten verhandeln; das Marktamt solle in diesen Kaffeehäusern Erhebungen pflegen; vielleicht wäre es möglich, einzelne Artikel dort mit Beschlagnahme zu belegen.

Marktamt-Vize-Direktor Spring teilt mit, daß er die entsprechenden Erhebungen bereits einleiten ließ, doch hätten dieselben kein Resultat ergeben.

Ober-Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer teilt mit, daß für Wien 163 Waggons Reis vorrätig seien; die Vorräte würden jedoch zurückgehalten, um der Spekulation vorzubeugen.

Vize-Bürgermeister Hof beauftragt Herrn Ober-Magistratsrat Dr. Konstantin Mayer, bezüglich der Petroleum- und Reisvorräte noch genaue Erhebungen zu pflegen und hierüber zu berichten.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller regt die Erwirkung einer Verordnung an, nach welcher nur an befugte Gewerbetreibende, nicht aber an Private größere Quantitäten von unentbehrlichen Bedarfsartikeln abgegeben werden sollen.

Gem.-Rat Steiner bespricht die rücksichtslose Anwendung des Kriegsdienstleistungsgesetzes bezüglich der Benützung von Gründen im Weichbilde der Stadt zur Errichtung von Spitalsbaracken. Es würden außerordentlich teure Gründe für diesen Zweck in Anspruch genommen. Man könnte doch hierfür auch billigere Gründe wählen. Er meine, die Gemeinde könne gegen dieses Vorgehen als Baubehörde remonstrieren. Der Bürgermeister von Linz habe einen solchen Bau sistiert.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller meint, daß sich in dieser Sache nichts machen lasse; es könne höchstens der Standpunkt der Gemeinde bei der Festsetzung der Entschädigungsansprüche, die ihr als politische Behörde zusteht, zum Ausdruck gebracht werden.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller führt aus, daß die Zivilbevölkerung in den Gast- und Kaffeehäusern durch bettelnde

und betrunkene verwundete Soldaten belästigt werde und daß die von der Polizei-Direktion festgesetzte frühere Sperrstunde hauptsächlich aus diesem Grunde verlegt wurde.

Weiters regt Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller an, da die Zeit der Steuerfassungen vor der Tür stehe, es möge bei der Finanz-Landes-Direktion die Zuerkennung der Steuerfreiheit für nicht benützte Lokale von eingerückten Gewerbetreibenden urgirt werden.

Vize-Bürgermeister Hof führt aus, daß Spitalsbaracken wohl deshalb in den Städten hauptsächlich errichtet werden, weil man hier Kanalisation, gutes Trinkwasser, Ärzte etc. habe, doch sei auch er der Meinung, daß man hierfür billigere Gründe in Aussicht nehmen solle. Was die Anregung des Gem.-Rates Dr. Schwarz-Hiller punkto Steuerfreiheit anlangt, so stehe eine diesbezügliche Entscheidung der Finanz-Landes-Direktion bevor.

Vize-Bürgermeister Hof referiert über den freiwilligen Eintritt der städtischen Angestellten und Lehrpersonen in das Heer und die Landwehr anlässlich der Musterung der Landsturmpflichtigen und beantragt:

„Die bei der Musterung zum Landsturmbienste mit der Waffe geeignet befundenen landsturmpflichtigen Gemeinde-Angestellten der Geburtsjahrgänge 1887, 1888, 1889 und 1890, welche die nach dem Wehrgesetze für die Begünstigung des einjährigen Präsenzdienstes festgesetzte wissenschaftliche Befähigung erbringen können, bedürfen zum freiwilligen Eintritte auf Kriegsdauer in das gemeinsame Heer oder in die Landwehr der sonst für diesen Eintritt erforderlichen Genehmigung des Stadtrates nicht. Hinsichtlich ihres Dienstverhältnisses und ihrer Dienstbezüge gelten entsprechend ihrer Diensteseigenschaft die für die mobilisierten Gemeinde-Angestellten derzeit bestehenden Bestimmungen.“

Die im Wiener Schulbezirke an öffentlichen Volksschulen angestellten Lehrkräfte sind in gleichen Fällen analog zu behandeln.

Diese Begünstigung wird schon jetzt auch auf die Angestellten und Lehrer der anderen Jahrgänge, deren Einrückungstermin dormalen noch nicht bekanntgegeben worden ist, ausgedehnt.“

Wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Der Bürgermeister:
Dr. Weiskirchner m. p.

Für den Bürgerklub:
Steiner m. p.

Für den Verband der freiheitlich-bürgerlichen Partei:
Dr. Hein m. p.

Für die sozialdemokratische Partei:
Neumann m. p.

Der Schriftführer:
Böttger m. p.,
Magistrats-Sekretär.